

# turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 03

Juli 2010

Jahrgang 39

## Leiharbeit, Hartz IV, Ein-Euro-Jobs das ist moderne Sklaverei Einkommen ohne Zukunft - Altersarmut

Sie machen einfach so weiter, die Marktradikalen und Neoliberalen.

### Spalte und herrsche!

Der gesellschaftliche Graben geht zwischen denen da Oben und denen da Unten. Den Besitzern von Banken, Betrieben, Unternehmen und Monopolen samt ihren Aktionären, den Kapitalisten und ihren Helfershelfern und denen da Unten, den abhängig Beschäftigten, den Rentnern, Schülern und Studenten. Diese klassische Spaltung in Oben und Unten reicht den Herrschenden nicht. Sie spalten weiter und herrschen weiter. Sie spalten hinein bis an den Arbeitsplatz, wo unbefristete Beschäftigungsverhältnisse mit Leiharbeit und Ein-Euro-Jobs konkurrieren. Diese Arbeitsplatzpolitik ist ein Rückschritt in die Zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

### Gleiche Arbeit gleiches Geld

eine alte und berechtigte Forderung der Gewerkschaftsbewegung. Eine Forderung von Klara Zetkin, die sie im Zusammenhang mit der Frauengleichstellung bereits mit dem Beschluss zum Internationalen Frauentag „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ gestellt hat. Gleicher Frauenlohn für

gleiche Männerarbeit das war Zetkins Forderung. Heute ist der Schlosserlohn nicht



„Die Marktradikalen und die Neoliberalen machen einfach so weiter. Und ich bin entsetzt darüber, dass die Öffentlichkeit das so hinnimmt. Das war der Antrieb, weshalb ich dieses Buch geschrieben habe.“

Berthold Huber, Erster Vorsitzende in Metallzeitung 06/2010

der gleiche Schlosserlohn des Leiharbeiters.

### Was bleibt für die IG Metall:

Der IG Metallvorsitzende ist entsetzt, dass das die Öffentlichkeit so hinnimmt. Und Berthold schreibt ein Buch darüber.

Bücher schreiben ist nicht schlecht. Gegen den marktradikalen Kapitalismus aber die Mitglieder mobilisie-

ren, die Betriebsräte und die IGM-Funktionäre in den Betrieben zu Protesten qualifizieren und aufrufen, ist besser. Und wer die Schriften von Karl Marx zur Politischen Ökonomie so gut kennt wie unser Vorsitzender, der sollte sich deutlicher dem gewerkschaftlichen Widerstand verpflichtet fühlen.

Es reicht nicht aus, auf Hochglanzbroschüren mit „prominenten“ Unterstützern für ein gemeinsames gutes Leben zu werben. Im Kapitalismus, das sollte der geläuterte Altmarxist Berthold Huber wissen, muss der Kapitalistenklasse alles abgerungen werden, was der Arbeiterklasse dem Proletariat, ein besseres, eine gesichertes Leben, einen sicheren Arbeitsplatz mit sozialer Zukunft und gleichen Bildungschancen, auch den Jugendlichen und Kindern aus Hartz IV-Familien, sicherstellt.

Weg mit Hartz IV und weg mit der Leiharbeit und Ein-Euro-Jobs  
Recht auf Arbeit, Ausbildung und Studium.  
Die Banken unter demokratische Kontrolle  
Widerstandsrecht und Generalstreik für ein besseres Leben.



# Widerstand

## „WIR“ nehmen Sie beim Wort!

Die Kanzlerin, Minister und Abgeordnete im Bundestag sind verpflichtet, Schaden vom Volk abzuwenden, nicht von den Banken, den Spekulanten, Aktionären, den Multis und Großkonzernen, sondern von den Menschen, den Bürgerinnen und Bürgern, den Familien, Schülern und Studenten, den Alleinerziehenden und den Schwachen in unserer Gesellschaft.

**NICHT AUF UNSEREM RÜCKEN**

Rund 20.000 Teilnehmer waren bei der machtvollen Stuttgarter Demonstration am 12.06.2010 gegen den sozialen Kahlschlag der CDU/FDP-Regierung in unserer Republik. Neben einer Vielzahl außerparlamentarischer Gruppen und Organisationen, Gewerkschaften und Gewerkschaftsgliederungen, Parteien und Parteigliederungen fehlte die große Industriegewerkschaft Metall unter den offiziellen Aufrufern.



Gerade im Kampf um die Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und in den Ländern Europas ist die Einheit das wichtigste Element, um den Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag der konservativen und neoliberalen Regierungen zu organisieren. Viele Mitglieder der IG Metall auf der Stuttgarter Demo hatten gegenüber der Blockadehaltung seitens ihrer Gewerkschaftsführung kein Verständnis.

Der Vorstand vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) hat in Brüssel auf Vorschlag der belgischen Gewerkschaften, unterstützt von der CGT, einen europaweiten Aktionstag beschlossen. Das Datum wurde nicht festgelegt. Favorisiert ist jedoch der 29. September. Ob zu einer zentralen oder dezentralen Aktion aufgerufen wird, soll noch beschlossen werden.

Ob zu einer zentralen oder dezentralen Aktion aufgerufen wird, soll noch beschlossen werden.

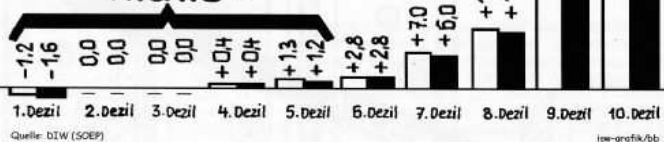


## Betriebs- u. Gewerkschaftsspiegel

### Reiche werden immer reicher Arme noch ärmer...

Anteil am Nett Vermögen in Deutschland in % nach Bevölkerungsdezilen (Zehnteln)  
Vergleich 2002 zu 2007

Die untere Hälfte der Bevölkerung hat per Saldo nichts...



Nach einer Studie des DIW-Wochenbericht 4/2009 wird die Kluft zwischen Wohlhabenden und Habenichtsen immer größer. Die Hälfte der Bevölkerung hat per Saldo buchstäblich nichts, ihr Nettvermögen ist Null. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung dagegen verfügen über mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens. Die oberen 5 Prozent verfügen über fast die Hälfte (46 %) das reichste ein Prozent fast über ein Viertel (23%) des Vermögens.

**Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich:  
Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.**

### Leiharbeit in den Betrieben

Zu einer Erklärung von IG Metall - Betriebsräten



Eine Erklärung von IG Metall Betriebsräten im Bezirk Ba.-Wü. zum Problem Leiharbeit ist inhaltlich auf den Punkt gebracht.

Leiharbeit

schaft Beschäftigte erster und zweiter Klasse, widerspricht dem Selbstverständnis vergleichbarer Arbeitsbedingungen, raubt den Leihbeschäftigten planbare Lebensperspektiven, und spaltet die Belegschaften.

Leiharbeit verhindern ist das Hauptziel im gewerkschaftlichen Widerstandskampf.

Lassen wir nicht zu, dass mit Leiharbeit und anderen Formen

prekärer Beschäftigung Druck auf die im Betrieb Beschäftigten aufgebaut wird.

Erstunterzeichner dieser IG Metall Erklärung ist neben mehreren KBR und GBR-Vorsitzenden auch der VOITH KBR-Vorsitzende Schaible. Es ist sicherlich nicht unseriös eher zulässig, danach zu fragen, welche Initiativen zur Überwindung der Leiharbeit bei VOITH eingeleitet bzw. durchgeführt und abgeschlossen wurden.

Im Rahmen der von der IG Metall gestarteten Initiative „Gemeinsam für ein gutes Leben“, wäre ein betrieblicher und öffentlicher Ergebnisbericht von großer Bedeutung.

# Kein städtebaulicher Ploucquet-Plan

### Rahmenplan vom Bebauungsplanentwurf überlagert

Im Kommunalpolitischen Arbeitskreis der DKP wurde über den vom Gemeinderat in seiner Sitzung am 20. Mai 2010 beschlossenen Rahmenplan zur städtebaulichen Entwicklung des Ploucquet-Areals ausführlich berichtet. Parallel dazu standen die Fragen aus der Bürgerfragestunde und die Antworten der Stadtverwaltung zur Diskussion.

Enttäuschend war das von den externen „Experten“ mit der Stadtverwaltung in nichtöffentlicher Absprache zusammengefasste Ergebnis der Arbeitsgruppen des Ploucquet-Work-Shops.

Außer den Huldigungen der bürgerlichen Fraktionsvorsitzenden auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppen blieb nichts von dem was die Arbeitsgruppen an Gestaltungselementen einbrachten, übrig. Einzig die Fraktion Die LINKE/DKP versuchte mit ihrem Ergänzungsantrag, vor der endgültigen Beschlussfassung, erneut einen geänderten

Bebauungsplanentwurf öffentlich auszulegen. Mit einer erneuten öffentlichen Auslegung eines abgeänderten Bebauungsplanentwurfs, so die Mitglieder des Arbeitskreises, wäre sichergestellt, dass wenigstens das von den Arbeitsgruppen gemeinsame erkennbare Anliegen nach einer größeren Grünzone entlang der Brenz, hätte abgesichert und realisiert werden können. Der Ergänzungsantrag der Fraktion Die LINKE/DKP wurde aber abgelehnt.

### Ziel der Verwaltung

Der Verwaltung und der Mehrheit im Gemeinderat liegt nichts daran, eine Bebauung mit städtebaulichen Festlegungen im Sinne der Arbeitskreisergebnisse umzusetzen. Der vom Gemeinderat beschlossenen Rahmenplan wird nach wie vor vom rathäuslichen Bebauungsplanentwurf überlagert, der mit äußerst großzügigen Baulinien und Baugrenzen eine Bebauung zulässt, die eine schnelle Vermarktung der Bauflächen ermöglicht. Den potentiellen Investoren soll der Bebauungsplanentwurf und der Rahmenplan zur Verfügung gestellt werden, um auf dieser Grundlage alternative Entwürfe und ein Grundstückspreis-Angebot vorzulegen.

### Öffentliche Informations- und Gestaltungsrechte beachten.

Die Bebauung des Ploucquet-Areals kann nicht hinter verschlossenen Türen in den Verwaltungsstuben des Rathauses ausgemacht werden. Stadtverwaltung und Gemeinderat sind gehalten auch die Entwürfe potentieller Investoren der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

### Wertvollen Gund und Boden nicht privatisieren

Öffentliches Eigentum muss kommunalpolitisch eine konstante Forderung bleiben. Die Forderung der DKP, Grundstücke im Erbaurechte abzugeben, werden seitens der Stadtverwaltung mit überzogenem Bürokratismus belegt. Eine Grundsatzentscheidung unter, welcher Rechtsform Grundstücke abgegeben werden, will OB Ilg nicht pauschal sondern im Einzelfall entscheiden lassen.



## Unsere Themen

Bebauung  
Ploucuet-Areal

Öffentliche  
Personennahverkehr

Heidenheimer  
Nadelöhr B 466 und  
Tunnel

Heidenheimer  
Schuhschachtel-  
Architektur

Kommunale Haus-  
haltungslage. Wer be-  
zahlt die Krise?

Was verteuert sich  
für die Bürgerinnen  
und Bürger

Wohnungspolitik  
und Gagfah Skan-  
dale

Baugebiete und  
Vogelschutz

Was ist Doppik?

Im Waldfreibad  
investieren

Privatisierung  
verhindern

Stadtwerke AG  
Tarife und Gebühren

Verschönerung z.B.  
Eugen-Jaekle-Platz

Wer hat Interesse zur  
Mitarbeit?

Informationen zum Zeit-  
punkt, Ort und Tagesord-  
nung, zu erfahren bei  
Ulrich Huber

Eine Broschüre von  
DKP Altstadtrat Huber

über die Lebensleistung im Ehrenamt  
des Heidenheimer Hermann Mohn.  
Ein Exemplar -für Druck und Papier-  
kann zum Preis von 4,50 € (+Porto)  
telefonisch unter (07321) 941 783  
oder per E-Mail bei  
Ulrich.Huber@t-online.de  
bestellt oder erworben werden.



# Wer Kuba hilft - hilft auch Haiti

Das Erdbeben zerstörte ein zerstörtes Land. Haiti wird auch dann noch Hilfe brauchen, wenn die Kameras wieder weg sind. Kubanische Ärzte waren mit die Ersten Helfer, die spontan und uneigennützig sofort nach der Erdbebenkatastrophe im Januar 2010 zur Hilfe bereit standen und noch heute in Haiti ihren humanitären Dienst tun.

Nach dem Motto von Che Guevara: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ flogen noch am Tag der Katastrophe Ärzte mit Operationsmaterial, Plasma und Lebensmittel in das Erdbebengebiet von Haiti.

Auch Kuba ist ein armes Land. Wenn Kuba hilft, helfen die Menschen und die Familien in Kuba, sie sind es dann, die auf eigene Leistungen oder von dem Wenigen,

das sie haben, verzichten müssen. Mehrfach waren politische Persönlichkeiten aus der kubanischen Provinz Ma-



Beim Verladen der Hartmann-Spende in Hannover

tanzas zu Besuch bei der DKP in Heidenheim. Der Fa. PAUL HARTMANN AG, die zu Betriebsbesuchen mit kubanischen Gä-

sten jederzeit bereit war, sind wir dankbar, denn die mehrfachen Spendenanfragen der letzten Jahre sind immer positiv entschieden worden. So konnte neben anderen Spendenprodukten aus der BRD, in den von der DKP in Salzgitter bereitgestellten Container, OP-Produkten der Fa. PAUL HARTMANN AG, aus ihrem Auslieferungslager Hannover, beschickt werden. Recht herzlich bedankt sich die DKP Heidenheim für die Spende von 10 Paletten OP-Produkte für das Gesundheitswesen in Kuba. Der DKP Arbeitskreis „KUBA-Solidarität“ ist seit Jahrzehnten eine beständige und internationale Kraft im Kampf gegen die unmenschliche Wirtschaftsblockade gegen das Land und seine Menschen.

Spenden für die internationale Solidarität der DKP

Postbank Köln, BLZ 370 100 50  
Konto-Nr. 253 525 502

## Venezuela erlässt Schulden

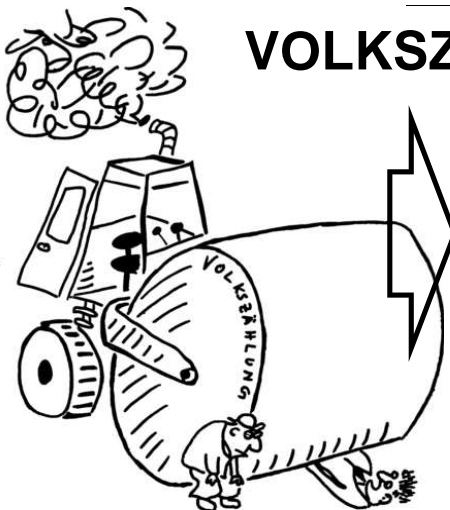
Im Rahmen der Weltkonferenz zum Haiti-Wiederaufbau hat Venezuela Haiti die durch das PetroCaribe-Abkommen aufgekommene Schulden von 395 Millionen US-Dollar erlassen. Neben dem Gesundheitsbereich engagiert sich Venezuela auch bei der Energieversorgung, so Außenminister Maduro.

Unterdessen protestierten Haitianer/innen gegen das Geschenk des Agrarmultis Monsanto, der das Erdbeben vom 12. Januar nutzte, um 475 Tonnen genveränderte Mais- und Gemüsesamen in das Land zu bringen. Monsanto verlangt später Abgaben von den Bauern; zudem kann das Saatgut nicht wieder ausgebracht werden, weshalb es fortan für jede Aussaat erneut eingekauft werden muss.

Beide Informationen aus: **UZ unsere zeit die Zeitung der DKP**

## Notverkauf

Angesichts leerer Kassen will die griechische Regierung nun Beteiligungen an Staatsunternehmen verscherbeln. Wie am 1. Juni in Athen mitgeteilt wurde, ist unter anderem die Teilprivatisierung der Eisenbahngesellschaft geplant. Die Hellenische Staatsbahn (OSE) verliere jährlich eine Milliarde Euro, sagte der Minister für Infrastruktur, Transport und Netzwerke, Dimitris Reppas. Die verlustreichsten Geschäfte sollten daher veräußert werden. Dazu gehöre auch die OSE-Tochtergesellschaft Trenose. 49 Prozent des Anbieters von Transportleistungen im Schienengüterverkehr würden zum Verkauf stehen. Zudem wolle man sich von Teilen der Wasserwerke in Saloniki und im Großraum Athen trennen. Finanzminister Giorgos Papaconstantinou kündigte an, 39 Prozent an der staatlichen Post veräußern zu wollen.



## VOLKSZÄHLUNG Mai 2011

### Kritikpunkte:

- Keine echte Anonymisierung der Daten
- Zweckentfremdung der Meldedaten.
- Einführung neuer Zwangspflichten.
- Stigmatisierung von Minderheiten.
- Gefahr des Datenmissbrauchs.
- Mangelhafte Aufklärung .

### Verfassungsbeschwerde:

Gegen die verfassungsbedenkliche oder gar verfassungswidrige Ausführung der Volkszählung hat sich Widerstand gebildet.

Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht bis 15.07.2010

Informationen und Hinweise gibt es unter:

VOLL ERFASST

[www.zensus11.de](http://www.zensus11.de)

